

STERBEHILFE UND PALLIATIVMEDIZIN

Der Versuch, ein Tabu zu regeln



(Foto: © Yvon Lambert)

Der Tod bleibt ein Ärgernis in einer Gesellschaft, die sich nach klaren Rezepten sehnt. Das offenbaren auch die aktuellen Diskussionen um den Gesetzesentwurf zur Palliativpflege.

In der individualisierten Konsumgesellschaft wird der Tod zunehmend verdrängt, obwohl er in Fernsehfilmen omnipräsent ist. Was aber ist menschliches Leben? Und vor allem: Wann und wie endet es wirklich? Wer darf über menschliches Leben verfügen, wenn es sich dem Ende zuneigt?

Diese Fragen sind erst recht angebracht angesichts der modernen lebensverlängernden Apparatemedizin. Segen und Fluch zugleich, führte sie in vorher unbekannte Konflikte, angesichts ihrer wird es immer schwieriger, einen natürlichen Tod zu definieren.

Gerade, weil die moderne Medizin selbst in der Sterbephase am Leben halten kann und weil heute noch Menschen ihr Leben unter großen Qualen beenden, wurde auch in Luxemburg über das Sterbenlassen nachgedacht.

Neue Wege

Ursprünglich war im Oktober 2004 ein Gesetzesentwurf zur Sterbebegleitung vorgelegt worden. Diese erste Fassung wurde im Folgenden überarbeitet, auch um die Entwicklung der Palliativmedizin in den Nachbarländern zu berücksichtigen. Dem aktuellen Text diene das französische Gesetz als Grundlage. Er wurde noch vor Jahresende vom Ministerrat in seinen groben Zügen gutgeheißen. Die Regelung würde, falls sie in Kraft tritt, in Luxemburg erstmals ein ausge dehntes Recht auf Palliativpflege juristisch verankern und wäre somit eine Art Wegweiser für Angehörige, Ärzte

und das Krankenhauspersonal, die eine Person auf ihrem letzten Lebensweg begleiten. So sollen Sterbebetreuung, ein Recht auf adäquate Pflege und psychische Betreuung für diejenigen festgeschrieben werden, die sich in einem finalen Stadium einer unheilbaren Krankheit befinden. Diese Betreuung soll sich nicht nur auf Krankenhäuser beschränken, vorgesehen ist auch palliative Pflege im Heimbereich. Dafür sind unterstützende Hausärzte und Hauskrankenpflege notwendig, die eine entsprechende Ausbildung erhalten sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Entwurfs ist die Patientenverfügung (directive anticipée), mit der jede Person für den Fall ihrer unheilbaren Erkrankung die Gelegenheit erhalten soll, eigene Wünsche die in Bezug auf Begrenzung oder das Stoppen einer Behandlung zu äußern. Falls der behandelnde Arzt aus ethischen Gründen in Konflikt mit dem Patientenwillen kommt, soll er den Patienten an einen anderen Kollegen überweisen. Auch soll die Patientenverfügung eine Vertrauensperson enthalten, die insbesondere dann wichtig wird, wenn ein Patient seinen Willen, die Behandlungsmethoden betreffend, nicht mehr äußern kann. Der Arzt soll verpflichtet werden, die Einschätzungen dieser Vertrauenspersonen, der Familienmitglieder sowie des Pflegepersonals zu hören. Darüberhinaus soll diese Patientenverfügung den Ärzten einen juristischen Schutz gewähren, damit sie sich nicht wegen unterlassener Hilfeleistung strafbar machen. Außerdem soll

das Gesetzesprojekt durch einen entschädigten Sonderurlaub der Verwandten zur Sterbebegleitung ergänzt werden.

Pro und Kontra

Insgesamt haben die vergangenen Parlamentsdebatten gezeigt, dass es zwei verschiedene Tendenzen gibt: Die Befürworter des jetzigen Entwurfs wollten vor allem die Palliativmedizin und die Schmerztherapie ausbauen, sind aber gegen jegliche gesetzliche Regelung der Euthanasie. Pol Schmit von Caritas begrüßt, dass im jetzigen Entwurf ein größeres Gewicht auf dem Dialog zwischen Patient, Arzt und Pflegepersonal liegt. Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo ist überzeugt, dass die Diskussion über die Thematik weitergehen wird. Er will jedoch auch die Fortschritte des neuen Entwurfs gewürdigt wissen: In dem jetzigen Projekt geht es um ein Sterben in Würde. Die Schmerzen sollen den Menschen erspart bleiben und ein Betreuungsrahmen geboten werden. Dabei ist die indirekte Sterbehilfe nicht strafbar - allerdings ist das Ziel nicht, dem Leben ein Ende zu machen, sondern der Mensch soll beim Sterben entlastet werden", so Di Bartolomeo.

Den Gegnern des jetzigen Entwurfes geht das Ganze nicht weit genug. Jean Huss (Déi Gréng) zeigt sich mit dem Ausbau der Palliativmedizin und der Schmerztherapie einverstanden, sowie mit der Definition einer juristisch verbindlichen Patientenverfügung. Allerdings sei die jetzige Patientenverfügung wertlos,

da hier die Euthanasie, die aktive Sterbehilfe, ausdrücklich ausgeschlossen wird. Somit hätte der Patient nicht das Recht auf eine tatsächlich freie und autonome Wahl, das eigene Leben betreffend. Man sollte Palliativmedizin und aktive Sterbehilfe komplementär sehen, so Huss weiter, denn es gibt physische Ausnahmefälle, in denen Schmerztherapien versagen und wo die Palliativmedizin an ihre Grenzen stößt. "Wenn die Leute in einer aussichtslosen Lage sind und nicht mehr können und wollen, dann wollen sie nicht mehr", sagt Jean Huss. Deshalb tritt er für ein Recht auf Selbstbestimmung ein, das auch angesichts des Todes Gültigkeit haben soll: "Es kann nicht sein, dass der Staat, eine Religion oder paternalistische Ärzte durch das Verbot der aktiven Sterbehilfe dem Patienten vorschreiben, wie er zu sterben hat."

Verwertungslogik

Während die Meinungsführer in Parlamenten, Parteien, Kirchen und Ethikkommissionen größtenteils an der Ablehnung der Tötung auf Verlangen festhalten, scheint in der Bevölkerung die Zustimmung dazu zu wachsen. Die Dynamik der Selbstbestimmung, die das Ethos westlicher Lebensführung prägt, ist ungebrochen. So gibt es auch in der Rechtsauffassung eine Tendenz, die die Selbstbestimmung des Patienten nach dem Motto "My life, my death, my choice" - viel stärker gewichtet. Allerdings sind diese Tendenzen hin zu einer vermeintlich liberaleren Rechtsauffassung in punkto Palliativpflege durchaus auch bedenklich. Dies besonders in einer Zeit, in der Kosten-Nutzen-Erwägungen das Gesundheitssystem immer stärker beherrschen. Vor allem in Ländern, in denen der Sozialstaat marode ist, spielen betriebswirtschaftliche Aspekte zuneh-

mend eine Rolle. Schließlich leben wir in einer Leistungs- und einer kapitalistischen Gesellschaft, die nach einer Verwertungslogik urteilt. Aufgrund dessen steigt der soziale Druck auf Menschen mit eingeschränkter Lebensfunktion, auf lebenserhaltende Maßnahmen zu verzichten.

Von Euthanasie-Befürwortern wird oft das niederländische Euthanasiegesetz als Paradebeispiel angeführt. Es habe die ohnehin geduldete Sterbehilfe aus der juristischen Grauzone geholt. Jedoch scheinen durch die Institutionalisierung einer ausge dehnten Sterbehilfe auch Schutzdämme zu brechen. Laut der deutschen Wochenzeitung "die Zeit" hat eine Kommission der niederländischen Ärzteorganisation KNMG empfohlen, Sterbehilfe auch auf "soziales Leid" wie Einsamkeit auszuweiten. Nach dem Zeit-Autor Robert Leicht ist es problematisch, wenn versucht wird, aus individuellen Extremsituationen generelle und abstrakte Gesetze zu machen, die im konkreten Fall und auf Papier vertretbar erscheinen mögen, in der normalisierenden Praxis allerdings gerne vergrößern, rücksichtsloser und extensiver angewandt werden als ausgedacht. Somit ist das Vorliegen einer Patientenverfügung noch kein Ersatz für verantwortliche Entscheidungen, denn, so Robert Leicht, entscheidet sich die "Humanität einer Gesellschaft ... nicht an der Schleifung des letzten Tabus".

Christiane Walerich



Happy Xmas, attached

"Paperless office", das war einmal Teil des Traums von einer besseren Welt durch Computertechnologie. Doch die fallenden Preise für Laserdrucker haben erst einmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. In den Büros türmen sich weiterhin Papierberge auf, und auch im Privatleben verleitet der Print-Button zu uneingeschränktem Zellulose-Verbrauch. Halt, nein, das ist alles dabei, sich zu ändern. Wie meistens sind es die spielerischen Anwendungen, bei denen die Menschen neue Möglichkeiten ausprobieren. Zum Beispiel beim Versenden von Weihnachts- und Neujahrskarten. Zur Jahreswende fiel das papierne Häufchen mit Glückwünschen an die woxx auffallend klein aus, dafür war der Maileingang zeitweilig verstopft. Dass es umweltschonender - aber auch bequemer und billiger - ist, bunte Bildchen in Pixelform zu versenden, hat sich herumgesprochen. Und die Bildqualität der neuen 12-Megapixel-Kameras übertrifft die einer Postkarte. Dass aber ein paar dieser Bildchen, als Tiff-unkomprimiert versendet, jede Mailbox sprengen das merken nur die EmpfängerInnen. Auch beim Glück Wünschen in der virtuellen Welt gilt: Nachhaltig und ressourcenschonend verfahren!